

Zweite deutsche Einheit

Die erste war die Wiedervereinigung, die zweite ist die Integration der Migranten
Von Heribert Prantl

Integration braucht nicht nur Paragraphen, sondern auch Phantasie. Es geht um die Überwindung der neuen deutschen Teilung. Fünfzig Jahre nach Beginn der Migration aus der Türkei und über zwanzig Jahre nach der ersten deutschen Einheit muss nun die zweite deutsche Einheit gelingen: Die Integration der Migranten. Demokratie ist eine Gemeinschaft, die ihre Zukunft miteinander gestaltet! Am Beginn dieses gemeinsamen Projekts steht eine Einladung, auf der dieser Satz nicht nur auf Deutsch, sondern auch in anderen Sprachen stehen sollte. Auf Türkisch lautet er so: Demokrasi geleceğini beraberce sekillendiren bir topluluktur. Integration bedeutet, diesen Satz zu übersetzen; aus dem Türkischen ins Deutsche und aus dem Deutschen in die Wirklichkeit. Dabei wird sich zeigen, dass dieser Satz nicht nur schön, sondern auch anstrengend ist; aber ohne Anstrengung beider Seiten ist Integration nicht zu haben.

Es gab eine Zeit, da waren die Deutschen die Türken der USA. Das ist gut 150 Jahre her. New York war damals nach Berlin und Wien die Stadt mit den meisten deutschsprachigen Menschen. Sie bleiben am liebsten unter sich. Die Deutschen taten sich schwer mit der Integration. Sie blieben unter sich, sie bauten ihre eibenen Kirchen, sie hatten ihre eigenen Pfarrer, sie kauften in deutschen Geschäften, sie lebten in deutschen Vereinen, sie gingen in deutsche Theater, trugen deutsche Trachten, kochten deutsches Essen, tranken gern Bier und setzten sich gern in den Biergarten, zumal am Sonntag.

In Chicago heizte eine ultrakonservative politische Partei namens „Americans Only“ („Ausländer raus“) den Konflikt an, und ihr Kandidat Dr. Boone wurde Bürgermeister. Er erhöhte die Alkoholsteuer um 600 Prozent und verbot den Bierausschank am Sonntag. Am ersten Sonntag nach dem Verbot, es war der 21. April 1855, schickte er die Polizei zur Kontrolle in die Wirtschaften. Als an die 200 deutschen Gäste und etliche Wirte wegen Zuwiderhandlung verhaftet und eingesperrt wurden, kam es zum deutschen Aufstand. „Beer Riots“ heißt das in den Archiven. Das klingt etwas lustiger als es war: Die Polizei schoss in die aufgebrauchte Menge. Aus der Menge wurde zurückgeschossen. Die deutschen Immigranten zogen ihre Lehren. Um ihre Interessen zu wahren, beteiligten sie sich zunehmend an der Politik. Der Bürgermeister von der Partei „Americans Only“ wurde ein Jahr nach den Unruhen abgewählt, die Prohibition wieder aufgehoben.

Diese Geschichten sind in Deutschland kaum bekannt. Es gibt keine

Erinnerung. Die Auswanderung kommt im kollektiven Gedächtnis nicht vor, sie ist nicht Teil der erinnerten nationalen Geschichte. Wäre in Deutschland die eigene Auswanderungsgeschichte präsent, hätten die Probleme der Einwanderung und Integration wohl nicht so lange brach liegen können. Vielleicht hätten die Deutschen, ihre eigene Migrationgeschichte vor Augen, nicht diese Heidenangst vor der Einwanderung gehabt und davor, das Kind beim Namen zu nennen, vielleicht hätten sie, statt den jahrelangen Glaubensstreit um das Wort „Einwanderungsland“ zu führen, sich der Probleme angenommen, die sich daraus für Deutschland ergeben. Vielleicht wären sie einerseits gelassener, andererseits sensibler für die Erfordernisse der Integration gewesen.

Seit 120 Jahren gibt es Einwanderung in Deutschland – gleichwohl tun Politiker bis in unsere Tage hinein so, als seien sie die erste, die damit konfrontiert sind. Die Geschichte der „Gastarbeiter“ in Deutschland beginnt nicht erst in den späten fünfziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, sondern Jahrzehnte früher. Der Reichstag in Berlin, die U-Bahn in der Hauptstadt und das deutsche Eisenbahnnetz sind überwiegend von ausländischen Arbeitern gebaut worden. Damals warnten die so genannten Alldutschen, der polnischen Wanderarbeiter wegen, vor einer Polnisierung Deutschlands – und die Tonlage dabei unterschied sich nur wenig von der heutigen Warnung vor der Islamisierung Deutschlands. Der Gesetzgeber auf dem Gebiet des Ausländerrechts ist aber ein Gesetzgeber ohne Gedächtnis.

In anderen Gebieten ist es so, dass sich das Recht fortentwickelt, dass es aufbaut auf dem, was war, dass es sich wandelt, dass es korrigiert wird, dass es lernt, dass der Gesetzgeber also das Recht verbessert und das Parlament legislativ auf gesellschaftliche Veränderungen reagiert. Es gab daher in den vergangenen hundert Jahren große Fortschritte im Strafrecht und gewaltige Fortschritte im bürgerlichen Recht, zumal im Ehe- und Familienrecht. Im Ausländerrecht gab es diese Fortschritte kaum – das Zuwanderungs- und Integrationsgesetz von 2005 war endlich der erste kleine Schritt. Politik und Gesetzgeber standen vor der Einwanderung und ihren Problemen immer wieder von neuem wie der Ochs vor dem Berg. Wenn aber Politik kein Gedächtnis hat handelt sie hirnlos.

Der späte Aufbruch der deutschen Politik in die Einwanderungs- und Integrationsgesellschaft gleicht, immer noch, einem kleinen Abenteuer. Und in dieses Abenteuer mischt sich Angst.

Einwanderungs- und Integrationspolitik in Deutschland ist eine Politik, in der sich fast alles und jedes um innere Sicherheit dreht. Es handelt sich um eine Politik, die den Einwanderer als Störer begreift, um eine Politik, welche die Furcht vor Multikulturalität fördert, statt sich auch über den Mehrwert zu freuen und ihn zu nutzen.

Diese Tendenz hat sich verschärft seit dem 11. September 2001 und den nachfolgenden Anschlägen in Madrid und London. Seitdem stehen Muslime schnell im Verdacht, gefährliche Islamisten zu sein. Der Islam wird wie eine inkompatible Kultur betrachtet. Der Koran gilt als gefährlich, als Anleitung für Terror. Diejenigen, die sich bei ihrem Terror auf Allah berufen, die ihn zu einem Teil ihrer Komplotte machen, haben heftig dazu beigetragen. Eine „gewisse anti-koreanische Tollwut“, die Pater Georges Anawati, ein Vorkämpfer christlich-islamischer Aussöhnung schon 1986 konstatierte, ist seit 2001 auch in Deutschland besonders virulent geworden. Im Jahr 2010 wurde das in der sogenannten Sarrazin-Debatte besonders deutlich. Das Buch des früheren SPD-Politikers Thilo Sarrazin, welches Muslime für dumm erklärte, verkaufte sich millionenfach.

Wenn es um Integration geht, ist in Deutschland immer wieder von einer „Leitkultur“ die Rede, der sich die Neubürger anpassen müssten. So genau weiß dann freilich keiner, was dazu gehört: das Essen? Irgendwelche Gewohnheiten? Was ist Leitkultur? Leitkultur im besten Sinn sollte eine Kultur des Zusammenlebens sein. Sie heißt Demokratie. Sie heißt Rechtsstaat. Sie heißt Grundrechte. Das klingt simpel. Aber der Alltag zeigt, dass es so simpel nicht ist. Diese Leitkultur fordert viel, sie fordert nicht nur Toleranz, sondern Respekt an beiden Seiten, von den Alt- und den Neubürgern – und führt dann zur Integration.

Das Wort Respekt ist besser als das Wort Toleranz. Das Verhältnis des katholischen zum protestantischen Bürger oder des protestantischen zum katholischen Bürger ist dafür ein Vorbild: sich gegenseitig nicht

nur gewähren, sondern gelten lassen. Das ist Integration. Es ist eine deutsche, es ist eine europäische Aufgabe.

Prof. Dr. Heribert Prantl ist Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung und Leiter der Redaktion Innenpolitik